

Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 136-2015
Vorstossart: Interpellation
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2015.RRGR.488

Eingereicht am: 08.05.2015

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: Fuchs (Bern, SVP) (Sprecher/in)
Augstburger (Gerzensee, SVP)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Ja
Dringlichkeit gewährt: Nein 04.06.2015

RRB-Nr.: vom
Direktion: Polizei- und Militärdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat:



Stopp der Entvölkerung von Polizeikräften in Randregionen – Wird das Berner Oberland zugunsten eines Polizeizentrums Bern geopfert?

Bekanntlich sind die regionalen Einsatzzentralen REZ Bern (ex. Stapo Bern) und REZ MEOA 2008 im Rahmen des Zusammenschlusses zwischen der Stadtpolizei Bern und der Kantonspolizei Bern zusammengelegt worden.

Für die im Fokus stehende Modernisierung, Effizienzsteigerung, Vereinfachung und Vereinheitlichung der operativen Abläufe, der Technik und der Systemkonfigurationen hat der Regierungsrat im März 2011 die Planung (Voranalyse) einer kantonalen Einsatzzentrale in Auftrag gegeben. Gestützt auf die Ergebnisse der Voranalyse wollte der Regierungsrat die Konzentration der Blaulichtorganisationen (Kantonspolizei, Feuerwehr und Sanitätspolizei der Stadt Bern) auf eine kantonale Einsatzzentrale mit den favorisierten Standorten in Bern und Biel weiterverfolgen.

Ein Jahr später (2012) wurde die REZ Thun für viel Geld nochmals ausgebaut und modernisiert. Mit dem neu geplanten Gesamtprojekt «Polizeizentrum Bern» soll nun offenbar auch die REZ Thun nach Bern verlegt werden. Es stellt sich die Frage, ob sich das Gesamtprojekt «Polizeizentrum Bern» angesichts der angespannten Finanzlage gegenüber dem Bürger und Steuerzahler überhaupt rechtfertigen lässt!

Der Regierungsrat wird um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Wie lange sind die polizeilichen Interventionszeiten bei strafrechtlich relevanten Ereignissen
 - a) in städtischen Gebieten (Bern, Biel, Thun)?
 - b) im ländlichen Raum (sprich Oberland, Emmental, Berner Jura usw.)?
2. Kann der polizeiliche Service public mit den geplanten Zentralisierungsmassnahmen in Bern auch künftig sichergestellt werden?
3. Gibt es angesichts der heutigen Finanzlage einleuchtende Gründe, um eine technisch gut funktionierende Einsatzzentrale mit Mitarbeitern, die über ein ausgezeichnetes Know-how verfügen, ungeachtet der persönlichen Bedürfnisse von Thun nach Bern zu verlegen?
4. Geht mit der vorgesehenen Verlegung der REZ Thun nicht viel Fachwissen (über Jahre angeeignete Kenntnisse der örtlichen Verhältnisse in den Randregionen des Oberlands) verloren?
5. Wie hoch sind die Umzugs- und wie hoch die zu erwartenden jährlichen Betriebskosten?
6. Wie viele Mitarbeitende sollen am Schluss im «Polizeizentrum Bern» tätig sein?
7. Wie lässt sich das Gesamtprojekt unter Berücksichtigung der angespannten Finanzlage gegenüber dem Bürger und Steuerzahler rechtfertigen?

Begründung der Dringlichkeit: Die Unsicherheit in den Randregionen über die Zentralisierungsprojekte ist hoch, und rasche Klarstellungen seitens der Regierung sind notwendig.